

[Nachrichten ›](#)

# Brandanschlag-Überlebende fordern Aufklärung

17.09.2021 | 11:46 Uhr

 [Vorlesen](#)

Überlebende des Brandanschlags auf ein Asylbewerberheim in Saarlouis, bei dem vor 30 Jahren Samuel Yeboah starb, fordern Aufklärung und Akteneinsicht. Die saarländische Landesregierung müsse außerdem eine Entschädigung zahlen.

Am 19. September 1991 kam der damals 27 Jahre alte Samuel Kofi Yeboah bei einem Brandanschlag auf das Saarlouiser Asylbewerberheim ums Leben. Zwei weitere Bewohner wurden verletzt. Die Staatsanwaltschaft Saarbrücken hatte die Ermittlungen schon knapp ein Jahr nach der Tat ergebnislos eingestellt, da es damals keine Hinweise auf den Täter gab.

## NEUE ERMITTLUNGEN, KEINE FESTNAHME

Im Sommer 2020 **kamen die Ermittlungen dann wieder ins Rollen**, nachdem es neue Erkenntnisse zu dem Anschlag gegeben hatte. Im Januar dieses Jahres wurden dann die Wohnung und der Arbeitsplatz eines Verdächtigen aus der rechten Szene in Saarlouis durchsucht.



Asylbewerberunterkunft im ehemaligen Hotel "Weißes Rößl" in Saarlouis 1991

**Zu einer Festnahme kam es aber bislang nicht.** Die Hinterbliebenen von Samuel Yeboah und die Überlebenden des Brandanschlags warten weiter auf Aufklärung. Erst am Donnerstag **war am Tatort eine Gedenktafel für Yeboah enthüllt worden.** Kurz zuvor gab es noch **eine große Plakataktion.**

„Die Polizei hat uns kein einziges Mal vernommen und uns behandelt, als wenn wir unser eigenes Haus angezündet hätten.“

„Ich höre immer noch die Schreie von Samuel Yeboah: help me“, erinnert sich einer der Überlebenden im aktuellen Podcast „Vor Ort“. Dieser wird vom Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (VBRG) und dem Watchblog „NSU-Watch“ produziert.



Samuel Yeboahs Zimmer nach dem Anschlag 1991

„Die Polizei hat uns kein einziges Mal vernommen und uns behandelt, als wenn wir unser eigenes Haus angezündet hätten“, kritisiert der Mann, dessen wirklicher Name nicht genannt wird. „Dass der Generalbundesanwalt vor einem Jahr neue Ermittlungen gestartet hat, habe ich aus den Medien erfahren.“ Er habe keine Hoffnung mehr auf Hilfe.

## KRITIK AN GENERALBUNDESANWALT

Rechtsanwältin Kristin Pietrzyk kritisiert, dass der Generalbundesanwalt weder die 18 Überlebenden des Brandanschlags über ihre Rechte als Nebenkläger informiert,

noch den von ihr vertretenden Überlebenden bislang Akteneinsicht gewährt hat. So entstehe der Eindruck, es solle verhindert werden, „dass die Nebenkläger erfahren, wie wenig Mühe sich Polizei und Staatsanwaltschaft im Saarland in den vergangenen drei Jahrzehnten gegeben haben“.

Pietrzyk verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Bombenanschläge auf ein Büro der damaligen PDS im November 1990 und auf die Wehrmachtsausstellung im VHS-Zentrum am Saarbrücker Schloss im März 1999 – zwei ebenfalls bislang nicht geklärte Anschläge.

## BELASTUNG FÜR ÜBERLEBENDE

Die bisherige Straflosigkeit für schwerste Gewalttaten stelle eine andauernde Belastung für Überlebende dar, so VBRG-Vorstandsmitglied Judith Porath. Sie müssten damit rechnen, Tätern und ihren Helfern auf der Straße zu begegnen und erneut angegriffen zu werden.

Von der Landesregierung fordert Porath, die materiellen und immateriellen Folgen mit einer Billigkeitsentschädigung abzumildern. Dabei handelt es sich um eine freiwillige Entschädigung, für die kein Rechtsanspruch besteht.